

Themen des Tages

AUSSENANSICHT; Ein Somalia am Mittelmeer; Syrien droht auf lange Sicht der Zerfall in Kleinreiche verfeindeter Warlords. Für die Nachbarstaaten wäre dies höchst bedrohlich. Von Volker Perthes

12 Juni 2013

2

Wie immer der Krieg in Syrien endet, sicher ist nur eines: Das Land wird nachher ein völlig anderes sein. Im besten Fall dürfte sich ein stark föderales System entwickeln. Dass noch einmal ein Staat entsteht, der alle Teile des Landes einschließlich des überwiegend kurdischen Nordostens zentralistisch regiert, ist nahezu auszuschließen. Je länger der Bürgerkrieg anhält, desto wahrscheinlicher wird eine Somalisierung des Landes, in der vielleicht vorübergehend ein Gemeinwesen der unter den Assads politisch dominierenden Alawiten in der Küstenregion und diverse Warlord-Fürstentümer entstehen.

Aus dem ursprünglich friedlichen Aufstand gegen ein diktatorisches Regime ist ein Kampf um Syrien geworden, in dem die meisten regionalen und einige internationale Akteure mitwirken, vorneweg Iran, Katar, die Türkei und Saudi-Arabien. Die zukünftige Gestalt des Nahen Ostens wird erheblich davon abhängen, wie der Konflikt in Syrien zu Ende geht: politisch-kulturell, weil mit einer ethnischen oder konfessionellen Zersplitterung des Landes auch das Konzept des multiethnischen und multikonfessionellen Staates im Nahen Osten insgesamt zerstört würde. Geopolitisch würde der drohende Staatszerfall Syriens das Ende der nach dem Ersten Weltkrieg mit der Auflösung des Osmanischen Reichs entstandenen regionalen Staatenordnung bedeuten: Die zunächst 1916 von britischen und französischen Beamten im sogenannten Sykes-Picot-Abkommen gezogenen Grenzen in der Levante stünden wieder zur Disposition.

Schon heute sehen wir, dass die territorialen Konturen des Libanon unter dem Druck des syrischen Kriegs zu evaporieren beginnen. Faktisch entsteht derzeit zwischen Baalbek und Homs, östlich und westlich der libanesisch-syrischen Grenze, eine neue, von der libanesischen Hisbollah und syrischen Regimemilizen gemeinsam kontrollierte Herrschaftszone, die sich mittelfristig der Kontrolle beider Staaten entziehen könnte.

Größere geopolitische Bewegung könnte sich in den überwiegend kurdischen Gebieten Iraks und Syriens entfalten. Die kurdische Regionalregierung im Irak hat die zehn Jahre seit dem Sturz Saddam Husseins genutzt, um die Eigenständigkeit Irakisch-Kurdistans auszubauen und die Beziehungen zum großen Nachbarn Türkei zu verbessern. Dies könnte sich jetzt auszahlen. Die Chance, dass aus dem autonomen Gebiet ein auch de jure souveräner Staat wird, ist gewachsen: Mit eigenen Ölvorkommen und dem mittlerweile gutnachbarschaftlichen Verhältnis zur Türkei wäre ein solcher Staat nicht nur lebensfähig, sondern würde selbst zu einem wichtigen Akteur, dessen Einfluss weit in den Nordosten Syriens hineinreichen würde. Aus türkischer Perspektive wäre dies allemal besser als anhaltende Kämpfe in Nordsyrien, die auch grenznahe kurdische Gebiete in der Türkei in Unruhe versetzen würden.

Weniger beruhigend ist dies für den Irak: Falls Kurdistan unabhängig wird, fehlt auch das kurdische Element als beizeiten ausgleichender Faktor in der irakischen Politik. Damit würde sich die politisch-konfessionelle Polarisierung in Bagdad weiter verschärfen. Dies könnte Autonomieforderungen in den mehrheitlich sunnitischen Provinzen an den Grenzen zu Syrien,

Jordanien und Saudi-Arabien befördern, im schlimmsten Fall aber auch Warlord-Emirate in diesen Provinzen entstehen lassen, welche die Grenzen zu den Nachbarländern unsicher machen.

Saudi-Arabien selbst dürfte in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren einen zumindest zeitweise turbulenten Veränderungsprozess durchlaufen. Die heutigen politischen und sozio-ökonomischen Verhältnisse des Landes sind nicht mehr zukunftstauglich. Offen ist allerdings, ob sie sich auf dem Weg zielgerichteter Reformen verändern lassen oder letztlich durch den Aufstand marginalisierter Gruppen gesprengt werden.

Jordanien steht unter dem dreifachen Druck unerfüllter Reformwartungen aus dem eigenen Land, des Bürgerkriegs im Nachbarland Syrien und des ungelösten israelisch-palästinensischen Konflikts. Israel könnte in einer ironischen Wendung der Geschichte nach und nach als jüdischer Staat akzeptiert werden, wenn auch andere Staaten und Gebietseinheiten im Nahen Osten sich durch religiös-konfessionelle Zugehörigkeiten definieren. Unabdingbare Voraussetzung dafür wäre aber, dass Israel sich von der Rolle als Besatzungsmacht in den palästinensischen Gebieten befreit. Dagegen steht eine israelische Rechte, die implizit oder explizit auf eine Annexion der Westbank und einen palästinensischen Staat auf der anderen Seite des Jordan setzt. Dies allerdings würde nicht nur die Monarchie, sondern die ohnehin fragile staatliche Einheit Jordaniens elementar bedrohen.

Mich wundert gelegentlich, wie viele Beobachter erhoffen oder erwarten, dass es eine Art neues „Sykes-Picot“ geben werde, dass also die Großmächte eine neue nahöstliche Staatenordnung durchsetzen. Tatsächlich aber haben Europäer und Amerikaner gelernt, dass sie die Verhältnisse dieser Region oder einzelner ihrer Staaten nicht gestalten können. Selbst eine Friedenstruppe der Vereinten Nationen für Syrien wird frühestens beschlossen werden, wenn dort ein Frieden zumindest in Sicht ist.

Angesichts der Wirkung, welche die syrischen Entwicklungen auf die Gesamtregion haben werden, gewinnt auch die geplante, aber noch keineswegs gesicherte Friedenskonferenz in Genf Bedeutung. Ohne enorme internationale Anstrengung werden die syrischen Kontrahenten bis zum Sieg einer Partei oder eben der Somalisierung ihres Landes kämpfen. Niemand sollte von „Genf“ einen raschen Durchbruch im Sinne eines haltbaren Friedensschlusses erwarten. Solange das Regime, die Rebellen oder gar beide Seiten von ihrer Überlegenheit überzeugt sind, werden sie nicht ernsthaft verhandeln. Und auch wenn die Ermüdung beider Seiten es ihnen sinnvoll erscheinen lässt, sich auf Verhandlungen einzulassen, werden sie währenddessen weiter versuchen, ihre militärische und politische Position zu verbessern.

Das macht den Beginn eines international vermittelten Verhandlungsprozesses nicht unnütz. Zunächst könnten und müssten die USA, Russland, die EU-Staaten und andere dabei den lokalen und regionalen Kriegsparteien deutlich machen, dass es keine internationale Unterstützung mehr für eine militärischen Lösung gibt. Selbst wenn Regime und Rebellen weiter kämpfen, müssten sie und ihre jeweilige zivile Basis dann parallel beginnen, die Möglichkeiten politischer Lösungen auszuloten.